



Pressemitteilung

Berlin, 22.10.2026

Die Unsicherheit bei den Trassenpreisen geht weiter – Angebotskürzungen rücken näher.

Im Nachgang zur Verkehrsministerkonferenz in Hohenschwangau markieren Bund und Länder ihre jeweiligen Positionen zur Problematik der stark ansteigenden Trassenpreisen. Alle Teilnehmer betonen das gute Miteinander - eine finanzielle Absicherung der bestehenden Verkehre bleibt aber aus. Damit geht die Unterfinanzierung des Nahverkehrs weiter.

Sowohl die Trassenpreissystematik als auch die Höhe der Regionalisierungsmittel waren Gegenstand der Verkehrsministerkonferenz, die am 21. und 22. Oktober 2026 im bayerischen Hohenschwangau stattgefunden hat. Die Länder haben betont, dass die immer weiter steigenden Trassenentgelte – im Jahr 2026 knapp 9 Prozent, 2027 etwa 7,8 Prozent und 2028 noch einmal 15 Prozent – für die Nahverkehre nicht tragbar sind. Die Finanzierung durch den Bund war ein Grundkonsens bei der Regionalisierung des SPNV in den 1990er-Jahren.

Peter Panitz, Präsident des Bundesverbands SchienenNahverkehr (BSN), betont: „Der SPNV in Deutschland ist eine Erfolgsgeschichte. Die Fahrgastzahlen steigen, das Angebot wächst, wir bringen moderne Züge auf die Schienen. Als SPNV-Aufgabenträger leisten wir zudem auch unseren Beitrag, um Kosten einzusparen und den Nahverkehr effizienter zu machen. Die bevorstehenden Preissprünge bei den Trassenentgelten können wir aber nicht aus eigener Kraft auffangen. Ohne eine Erhöhung der Mittel des Bundes können wir das bestehende Angebot nicht aufrechterhalten.“

Dass das aktuelle Trassenpreissystem für das komplexe und stark nachgefragte Bahnsystem Deutschlands nicht mehr funktioniert, ist spätestens seit dem Urteil des Europäischen Gerichtshofs vom 19. März 2026 klar. „Das aktuelle System schafft leider viele Rechtsunsicherheiten. Wir brauchen ein System, dass fair ist und den wirtschaftlichen Möglichkeiten der verschiedenen Verkehrsarten Rechnung trägt. Nahverkehr ist Daseinsvorsorge. Wir als Verband stehen dem Bund weiterhin zur Verfügung, um genau daran zu arbeiten und eine langfristige, rechtssichere und finanziell tragbare Lösung zu finden,“ betont Jan Görnemann, Geschäftsführer des BSN.

Der Bundesverband SchienenNahverkehr vertritt die Interessen aller 26 Aufgabenträger Deutschlands, die von den Bundesländern mit der Organisation des Schienenpersonennahverkehrs (SPNV) betraut wurden.

Wir gestalten Mobilität und organisieren die Vernetzung zwischen unseren Mitgliedern und der Branche. Wir beraten Politik, Öffentlichkeit, Verbände, Verkehrsunternehmen und Industrie. Wir stärken das nachhaltige Bahnsystem und setzen alle Räder im SchienenNahverkehr in Bewegung, um die Verkehrswende zu verwirklichen.

Ansprechpartner für die Presse:
Bundesverband SchienenNahverkehr

Lars Kieni
Referent der Geschäftsführung
Marienstr. 18
10117 Berlin

Tel.: +49 151 56 39 40 64

presse@schienennahverkehr.de
www.schienennahverkehr.de